

Erinnern an die friedliche Koexistenz

Heinz Theisen

Die westliche Außenpolitik beruht auf dem Glauben an die Universalität von Demokratie und Menschenrechten. Die verschiedenen Weltkulturen und die ihnen zugehörigen Weltmächte definieren sich aber nicht nach einer universalen, sondern nach unterschiedlichen Werteordnungen, in denen Rechte und Pflichten, Individualität und Kollektivität, Mensch und Gott in unterschiedlichen Rangordnungen zueinander stehen. Der westliche Universalismus wird von anderen Werteordnungen als Provokation empfunden und treibt deren Fundamentalismus und den Kampf der Kulturen voran.

Dies verstrickt uns in immer neue Konflikte, die wir kaum verstehen, geschweige lösen können. Alte staatsmännische Tugenden wie Zurückhaltung und Neutralität sind fast schon diskreditiert. Gesinnungsethische Eiferer überfordern einerseits den Westen und treiben andererseits vielerorts liberale Dissidenten zu vergeblichem Widerstand. Wenn dann die Staatsmacht zuschlägt, lassen wir sie um des Friedens und des Welthandels willen im Stich. Die aus unterschiedlichen Paradigmen resultierenden Konflikte beginnen mit dem mangelnden Respekt für die unterschiedlichen Leitvorstellungen. Dieses Drama zwischen den Kulturen und Mächten beginnt schon in der Ukraine als einer Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa.

Solange die Krimkrise nur nach universalistischen und damit nach westlichen Maßstäben beurteilt wird, ist eine fortdauernde Konfrontation mit Russland unvermeidlich. Die Friedensordnung Europas wird heute durch die Fixierung westlicher Politiker und Kommentatoren auf das Völkerrecht nicht sicherer, sondern fragiler. Diese Perspektive berücksichtigt nämlich weder die geschichtliche Zugehörigkeit der Krim zu Russland noch den Willen der Krimbewohner. Die Fixierung auf das Völkerrecht ist zudem selbstgerecht. Nicht nur im Kosovo, auch mit der Ausweitung des Mandats in Libyen auf den Sturz des Diktators und mit den Drohnenschlägen hat der Westen noch in jüngster Zeit oft genug das Völkerrecht verletzt.

Die USA haben ihre Einflussosphäre in der Monroedoktrin für ganz Amerika nachdrücklich reklamiert. Die NATO-Erweiterung bis vor die Tore Russlands, schließlich sogar der von Angela Merkel verhinderte Versuch, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen und aus der russischen Hemisphäre herauszulösen, haben Russland psychologisch in die Enge getrieben. Die gleichzeitige ökonomische Hilfe an Russland geschah eher im universalistischen Geist der Entwicklungshilfe als aus der Anerkennung einer Weltmacht.

Der westliche Anspruch, mit Berufung auf die höhere Moral seiner universalistischen Ideologie andere Machtsphären destabilisieren zu dürfen, ist unhistorisch. Er steht realen Partikularitäten in der Welt gegenüber und behindert nicht nur den Aufbau einer multipolaren Weltordnung, sondern bereits die Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates. Zumindest zur Ergänzung der universalistischen Perspektive müsste auch im Westen wieder geopolitisch und strategisch gedacht werden, zumindest um die anderen Mächte zu verstehen.

Schon ein gewisses Verständnis für die Sorgen um die Macht- und Einflussosphäre Russlands hätte genügt, um die Situation an den östlichen Grenzen der EU zu entspannen. Aber die Europäische Union – so EU-Kommissionspräsident Barroso – „glaubt nicht an Einflussosphären“, womit sie im Grunde die ganze Welt zu ihrer Einflussosphäre erklärt. Die Selbstverpflichtung auf Sanktionen gegenüber Russland schädigt selbst die Eigeninteressen, der moralischen folgt die politische und wirtschaftliche Überdehnung.

Ein Ausweg aus dem west-östlichen Zusammenprall zwischen Russland und dem Westens läge in der Rückkehr zu einer Politik der friedlichen Koexistenz. Aus dem Kalten Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ließe sich lernen, wie trotz ideologischer Inkompatibilitäten der Frieden bewahrt werden kann: weder über Universalität noch Integration, und schon gar nicht über Interventionen, sondern über eine Politik des organisierten politischen Nebeneinanders bei selektivem Miteinander. 🌐



Prof. Dr. Heinz Theisen,
Politikwissenschaftler,
Katholische Hochschule
Nordrhein-Westfalen
(KathO), Köln.
h.theisen@katho-nrw.de